

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Florian Gerster zur
Notwendigkeit eines
gesamteuropäischen
Rahmens: Anbinden
ohne Einbinden?

Seite 1

Rolf Schwanitz MdB
zum Umgang mit der
DDR-Vergangenheit in
Ost- und West-
deutschland: Grotteske
Schieflagen bei der
Aufarbeitung.

Seite 2

Rudolf Müller MdB zu
den Konsequenzen für
die Bonner Politik aus
dem Zerfall Jugosla-
wiens: Sanktionen ge-
gen Friedensbrecher.

Seite 6

47. Jahrgang / 98

22. Mai 1992

Anbinden ohne Einbinden?

Zur Notwendigkeit eines gesamteuropäischen Rahmens

Von Florian Gerster

Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Rheinland-Pfalz
Mitglied der Nordatlantischen Versammlung

Mit Kooperationsrat und "Europa-Verträgen" haben NATO und Europäische Gemeinschaft Institutionen geschaffen, in denen die Staaten Mittel- und Osteuropas sich an den Westen anlehnen können. Diese vorsichtigen ersten Schritte zu einem gesamteuropäischen Rahmen wecken Hoffnung auf volle Beteiligung und tragen während des Übergangs zur Stabilisierung bei. Mehr nicht und auch nicht weniger.

Aber: Nur als Vorstufen zu voller Integration sind diese Zwischenlösungen von Nutzen. Die Assoziation von Polen, CSFR und Ungarn muß innerhalb eines Jahrzehnts zur Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft führen; die atlantisch-europäische Allianz muß alle stabilisierten Demokratien in Mittel- und Osteuropa als Bündnispartner akzeptieren. Hierin und in der Bereitschaft zu wirksamer materieller Hilfe muß sich die Glaubwürdigkeit gesamteuropäischer Politik erweisen.

Der Krieg in Jugoslawien zeigt symptomatisch, daß wir den Rahmen für Europas Zukunft sehr bald brauchen. Die Alternative wäre der Zerfall staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen ohne Aufbau einer neuen Ordnung. Kompliziert konstruierte Rollenspiele von NATO, WEU, EG und KSZE erfreuen vielleicht Experten, schaffen aber nicht die Zukunftsvision eines befriedeten Kontinents.

(-/22. Mai 1992/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn-1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortlich: Rudolf Schwinn
Mitglied aller Bundesräte
Re: Journalisten



Gröteske Schief lagen bei der Aufarbeitung
Zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit in Ost- und Westdeutschland

Von Rolf Schwantz MdB

Die Frage danach, auf welchem Weg die Bewältigung (besser die Aufarbeitung) der DDR-Vergangenheit erfolgen soll, gehört wohl zu den meist umstrittenen Themen in unserer Gesellschaft. Es herrscht scheinbar breiteste Meinungsübereinstimmung darüber, daß die heutige Praxis falsch sei und es so nicht weiter gehen könne. Keine Klarheit besteht jedoch darüber, wie es weiter gehen soll, wo der richtige Weg liegt. Hier auf kann es offensichtlich auch keine generelle Antwort geben. Aufarbeitung in derart umfassenden Sinne ist für die Deutschen in Ost wie West Neuland. Zudem sind wir alle bereits zu vorgeprägt in unserem Meinungsbild - es hilft folglich nur das Nachdenken und der Austausch von Meinungen.

Die Revolution im Herbst 1989 war, in Anlehnung an Vaclav Havel, ein kollektives Einfordern von Wahrheit. Es war kein Zufall, daß die Stasi-Stützpunkte in vielen Fällen Hauptziel der revolutionären Aktivitäten waren. Natürlich, von dort erwartete man den größten Widerstand und den Gegenschlag. Aber die Stasi stand auch deshalb im Blickpunkt der Ereignisse, weil sich die Revolution über das Aussprechen von Wahrheiten, das Brechen von Tabus, das Herausschreien dessen, was alle wußten und niemand sagen durfte, entwickelte. Zu diesem "thematischen Befreiungsbereich" gehörte auch das allgegenwärtige Überwachungssystem der Stasi. Der Überwachungsapparat der Stasi wurde in diesem Sinne, zweifellos gegen seinen Willen, selbst zum "Treibmittel der Revolution".

Entsprechend umfangreich waren 1989 die Aktivitäten und Erwartungen an den Aufarbeitungsprozeß. Erstmals mußten Funktionäre in Bürgerversammlungen Rede und Antwort stehen (dabei sahen sie meist kläglich aus). Es entstand ein Netz von Arbeitsgruppen und Komitees zur Aufdeckung von Stasi-Machenschaften, Korruption und Amtsmissbrauch in den Städten und Gemeinden der DDR. Und es begann ein zähes Ringen der Bürger darum, die vorhandenen Instrumentarien (Polizei, Staatsanwaltschaft und Presse) zur Offenlegung und Aufarbeitung der Vergangenheit nutzen zu können.

Zum Jahreswechsel 89/90 veränderte sich mit den Zielen der Revolution auch die Perspektiven der Aufarbeitung. Das revolutionäre Nahziel war nicht mehr länger nur die Brechung der SED-Herrschaft. Ins Zentrum rückte immer stärker das Erreichen der deutschen Einheit. Die Energie der neuen politischen Kräfte konnte und durfte nicht mehr nur auf die Beseitigung des Alten gerichtet werden; man mußte sich stärker auf programmatische Fragen für das Neue konzentrieren. Zusätzlich zu dieser Veränderung nahm der übergestülpte Volkskammerwahlkampf westlicher Prägung die revolutionäre Energie aus der Bevölkerung. Die Botschaft: "Macht euch keine Sorgen, ich habe die Lösung für eure Probleme" brachte die Eigenaktivität der vorangegangenen fünf Monate zum Erliegen. Der Auftrag zur Aufarbeitung wurde zwangsläufig auf die "polische Klasse" übertragen; die Menschen zogen sich immer stärker in ihre Nischen zurück und schauten zu.

Daraus jedoch abzuleiten, das Bedürfnis nach Aufarbeitung wäre verlorengegangen, ist grundlegend falsch. Im Gegenteil; die Aufarbeitung erhielt zusätzlich eine soziale Komponente, die ihre Ursache in den unterschiedlichen sozialen Absicherungen hatte. Die Nomenklaturkader durften unter Modrow erst einmal ihre Personalakten säubern, nach "streng rechtsstaatlichen Grundsätzen" versteht sich. Stasi-Angehörige erhielten für DDR-Verhältnisse traumhafte Abfindungen und konnten in zum Teil komfortabler Art und Weise in die Marktwirtschaft starten, während die Demonstranten von gestern unter schlechten Sozialplanbedingungen ihren Job verloren. All dies hat das Verhältnis der Menschen in Ostdeutschland zur Aufarbeitung geprägt; die Repression der Vergangenheit genauso, wie

die Erlebnisse seit 1989. Es muß deshalb gewarnt werden vor der Annahme, der Wunsch nach Aufarbeitung sei begraben. Er ist sicher stärker überdeckt als im Herbst 1989 durch die drücken deren Alltagsfragen. Unter der Oberfläche steht aber nach wie vor eine große Erwartungshaltung nach Offenlegung. Wie sie erfüllt wird, entscheidet mit darüber, ob die Ostdeutschen den Schritt von 1989 als richtig verinnerlichen und ob die parlamentarische Demokratie als der bessere Weg akzeptiert wird.

Seit dem 3. Oktober 1990 ist die Aufarbeitung ein gesamtdeutsches Problem geworden. Die Bundesregierung und das gesamtdeutsche Parlament stehen nun direkt im Aufarbeitungsauftrag. Dabei wären gemessen an dem historischen Gewicht folgende fünf Schwerpunktbereiche (in der angegebenen Gewichtung) zu lösen:

1. Die Offenlegung der tatsächlichen Ereignisse und Zusammenhänge im SBZ-/DDR-System. Hierzu gehören Fragen nach den Machtstrukturen, Entscheidungsabläufen, Unterdrückungsformen u.a.m., auf deren Offenlegung die Menschen ein Recht haben.
2. Die Anerkennung und Würdigung der Opfer der kommunistischen Diktatur. Im Zentrum steht hier vor allem das Rehabilitierungs- und Wiedergutmachungsproblem.
3. Die personellen Konsequenzen aus der Unterdrückungstätigkeit, beziehungsweise aus der Beteiligung am System in herausragender politischer/repressiver Position. Hier stellen sich zwei unterschiedliche Problembereiche:
 - a) Den politischen Repräsentanten und Protagonisten des Systems den Einstieg in den staatlichen Sektor, in Mandate, in den öffentlichen Dienst, in das Beamtenwesen zu verwehren.
 - b) Straftaten, die im Interesse des Unterdrückungssystem verübt worden sind aufzuklären und zu verfolgen.
4. Die Integration der politisch Belasteten in das vereinte Deutschland.
5. Als neue, aus dem Westteil kommende Aufgabe, die Nachbetrachtung bundesdeutscher Auffassungen, Meinungen, Verhaltensweisen und Politik nach dem klar geworden ist, daß die DDR als nichtreformierbarer Unterdrückungsstaat zusammengebrochen ist.

Diese fünf Aufgaben hat die Bundesrepublik höchst unterschiedlich angenommen. Die Reihenfolge und Prioritätensetzung, dabei wurde fast vollständig aus dem Westen bestimmt. Dafür gibt es drei Hauptursachen. Zum einen war die Aufarbeitung seit der Vereinigung stärker durch parteipolitisches Interesse geprägt (in allen Parteien war allein schon wegen der Mitgliederstruktur die Westansicht oft ausschlaggebend). Zum zweiten wurde die Aufarbeitung gegenüber der Öffentlichkeit durch Medien forciert, die im wesentlichen Westmedien sind (nur wenige Zeitungen setzten sich über das Interesse ihrer Westleser hinweg). Und letztlich rächte sich die oft schlechte Vorbereitung (beispielsweise der Justiz) auf die Kernpunkte der Aufarbeitung.

Der damalige Bundesjustizminister Kinkel hielt es bereits im Herbst 1990 für angebracht, von einer Amnestie für Stasi-Mitarbeiter zu reden; also Integration ohne Offenlegung und Verfolgung. Erst das Scheitern dieses Vorhabens durch die fehlende Akzeptanz bei der Bevölkerung führte zu einer Ernüchterung.

Es ist ein permanenter Versuch zu beobachten, daß die Nachbetrachtungen der bundesdeutschen Politik in den Vordergrund der Aufarbeitung gerückt werden sollen (siehe Debatte im Bundestag zur Einsetzung einer entsprechenden Enquete-Kommission). Natürlich ist unstrittig, daß es auch hier Aufarbeitungsbedarf gibt. Aber erstens bitte im richtigen Verhältnis zum gesamten Aufarbeitungsdefizit und zweitens am richtigen Gegenstand. Nicht im Sinne einer Revision der deutschen Ost- und Entspannungspolitik, wohl aber im Sinne von Fichter (Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr.

4/92), der treffend über Kontakte auf der politischen Ebene bemerkt: "Man hastete oft von einem Hotel zur nächsten Arbeitskonferenz und hatte für den tristen Alltag der Menschen in der DDR keine Augen mehr. Wer sich allzu lange in dieser "volkseigenen" Luxuswelt für wichtige Partei- beziehungsweise Staatsgäste im "realen Sozialismus" aufgehalten hat, dort nie mit der Straßenbahn oder dem D-Zug II. Klasse gefahren ist, zwar dann und wann in einer Konferenzpause kurz einmal eine Tasse Kaffee mit einem kultivierten Dissidenten getrunken hat, sich ansonsten aber zumindest im Umkreis der Herrschenden bewegte, tief Gefahr, die traurige Realität schließlich für unreal zu halten." Welche Folgen dies für das bundesdeutsche DDR-Bild hatte, ist tatsächlich untersuchungsreif!

Das Aufarbeitungsproblem der personellen Konsequenzen aus der Unterdrückungstätigkeit und politischen Belastung befindet sich in einer grotesken Schiefelage. Wohl wurden im Einigungsvertrag das Instrument der außerordentlichen Kündigung von Stasi-Mitarbeitern im öffentlichen Dienst eingebaut. Es wurde jedoch in den neuen Ländern zum Teil zu restriktiv und undifferenziert genutzt und im öffentlichen Dienst des Bundes meist zu spät und zu zaghaft angewandt (Nach einem Bericht des BMI vom 13. März 1992 sind von ursprünglich 9.233 übernommenen/eingestellten Stasi-Mitarbeitern nach eineinhalb Jahren immer noch 3.738 im öffentlichen Dienst des Bundes beschäftigt).

Auch auf der politischen Ebene rangiert das parteipolitische Interesse oft vor dem Aufarbeitungsbedürfnis. Man erinnere sich nur an das frühzeitige Wissen der bundesdeutschen Dienste über die IM-Vorwürfe gegen de Maizière, Schnur und Böhme, was jedoch keinerlei Konsequenzen für die CDU-Wahlstrategen hatte. Auch ist die Frage nach den politischen Repräsentanten des Systems fast völlig unter den Tisch gefallen; alles wird auf die Stasi-Formel reduziert. Sicher profitieren die ehemaligen Funktionäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen auch von der Adoption der Blockparteien durch die CDU und FDP, welche die Frage nach der politischen Tragbarkeit offensichtlich als zu brisant beerdigt hat.

Auch im Bereich der justitiellen Aufarbeitung (Strafverfolgung) liegen große Defizite. Offensichtlich hat sich kaum jemand im Bundesjustizministerium in der Zeit der demokratischen DDR darum gekümmert, wie die Strafverfolgung der großen und kleinen Regierungskriminalität im vereinten Deutschland betrieben werden muß. Dies war erstmalig in Vorbereitung der Einigungsvertragsverhandlungen ein Thema. Zum Rechtsausschuß der Volkskammer, welche für die legislative Weichenstellung in der DDR-Zeit eine wichtige (demokratische) Adresse gewesen wäre, hat es diesbezüglich weder Kontakte zum Bundestag noch zum Bundesjustizministerium gegeben.

Auch reduziert sich offensichtlich in zu vielen Fällen die Strafverfolgung auf politisch bedeutungslose Sachverhalte. Werden hier nur die liegengelassenen Fäden von wenig motivierten Juristen aus der DDR-Zeit aufgenommen oder geht man auch neue Wege? Dem ehemaligen ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung von Erfurt wirft man beispielsweise vor, sich unrechtmäßig an kleineren Jagdutensilien bereichert zu haben. Was ist beispielsweise aus dem Vorwurf geworden, beim ersten öffentlichen Dialog im Herbst '89 in der Erfurter Thüringenhalle Kampfgruppenpersonal ins Publikum plazierte zu haben, um so die Bevölkerung an der freien Meinungsäußerung zu hindern? War hier nicht der Tatbestand einer Nötigung erfüllt? Wenn ja, so trifft dies viel mehr den Nerv der tatsächlichen Ereignisse als einige Jagdgewehre.

Gerlinge Wiedergutmachungsregelung

Große Defizite bestehen auch teilweise bei der Offenlegung der Systemgeschichte, aber vor allem bei der Anerkennung der Opfer der kommunistischen Diktatur, den eigentlich vorrangigen Fragen. Es hat fast eineinhalb Jahre gedauert, bis sich die Bundesregierung ihrer Verpflichtung aus dem Einigungsvertrag erinnert hat und ein erstes Unrechtsbereinigungsgesetz im Entwurf präsentierte. Zur Erinnerung, das leidige Thema der offenen Vermögensfragen wurde mit dem einschneidenden Grundsatz "Rückgabe vor Entschädigung" mit einem kompletten Gesetz gleich bei den Einigungsvertragsver-

handlungen geregelt! Aber was nun vorliegt, ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es geht bis jetzt nur um die erste Opfergruppe, die politischen Häftlinge. Und auch hier hat die Bundesregierung nur eine unvergleichlich geringe Wiedergutmachungsregelung vorgesehen.

Lediglich bei der Offenlegung der Stasi-Taten hat die Bundesregierung und der Bundestag mit dem Stasi-Unterlagengesetz einen mutigen Schritt gewagt. Die große Anzahl der bei der Gauck-Behörde eingegangenen Anträge auf Auskunft beziehungsweise Akteneinsicht belegt, daß die Bevölkerung dies intensiv angenommen hat. Aber gerade auch hier, zum Beispiel bei den Vorwürfen gegenüber Manfred Stolpe, zeigt sich erneut welche starken Instrumentalisierungen dies Offenlegung ausgesetzt ist:

- Da gibt es die Instrumentalisierung durch Teile der Konservativen, welche hier eine gute Gelegenheit zur Schwächung der brandenburgischen Landesregierung sehen.
- Da gibt es die Instrumentalisierung durch Teile der Linken, welche endlich mit der Aufarbeitung, für die sie zwar 1968 auf die Straße gegangen sind, die heute jedoch in unbequemer Weise an den eigenen internen Wertvorstellungen rüttelt, Schluß machen wollen. Man erinnere sich nur an die Rufe nach Schließung der Gauck-Behörde.
- Da gibt es die Instrumentalisierung durch Teile der Medien, welche in der Stolpe- und Kirchendiskussion endlich einen gesamtdeutsch verwertbaren Stoff mit Sensationscharakter sehen.
- Und da gibt es die Instrumentalisierung der Gestrigen (vor allem innerhalb der PDS) welche die Vorwürfe gegen Stolpe gern als kollektive Anschuldigung aller Ostdeutschen zu vermitteln versuchen und damit das, was das SED-Regime nie vermochte, ein eigenes DDR-Bewußtsein, zu erzeugen bestrebt sind.

Für die meisten ist Manfred Stolpe von vornherein entweder untragbar oder schuldlos - längst bevor die eigentlichen Sachverhalte aufgeklärt worden sind. Dies erschwert den Bewertungsprozeß im Detail und gefährdet die Aufarbeitung insgesamt.

Gewiß, die Phase der kraftvollen öffentlichen Aufarbeitung wird zeitlich begrenzt sein. Mit der wirtschaftlichen Gesundung, die jedoch noch nicht in Sicht ist, werden sich die öffentlichen Interessen verlagern. Es bleibt zu hoffen, daß bis dahin noch genügend Zeit ist, um Ergebnisse zu erhalten und den Menschen ein "ostdeutsches 1968" erspart wird.

Ein nachträglicher Sieg der Stasi liegt nicht vor: Die Stasi hat seit dem Herbst 1989 eine neue Strategie verfolgt. Es ging nicht mehr vorrangig um die Zersetzung der bundesdeutschen Gesellschaft. Das eigentliche Hauptziel war mit dem Fall der SED zweigleisig. Zum einen ging es um das Zudecken der Stasi-Tätigkeit und deren Verbrechen; zum anderen um die Integration der eigenen Mitarbeiter in die neue Gesellschaft, um gute Startpositionen also. Die Stasi würde folglich nachträglich siegen, wenn wir - etwa wegen unserer Schwierigkeiten mit der Thematik - die Offenlegung vorzeitig, das heißt gegen den übergroßen Willen der betroffenen Bevölkerung, abbrechen würden. Dies muß verhindert werden!

(-/22. Mai 1992/rs/ks)

Sanktionen gegen Friedensbrecher
Zu den Konsequenzen für die Bonner Politik aus dem Zerfall Jugoslawiens

Von Rudolf Müller (Schweinfurt) MdB

Hilf- und fassungslos verfolgen wir alle den Bürgerkrieg im zerfallenden Jugoslawien. Das Maß an Irrationalität, das Aufbrechen alter, längst totgeglaubter Konflikte erschreckt nicht nur die, die sich Illusionen über den Entwicklungsstand der Menschheit machen. Mitten in Europa, am Ende des 20. Jahrhunderts, entläßt sich ein Maß an Gewalt, geschehen Greuelthaten, die niemand mehr für möglich gehalten hätte.

Gerade Deutschland, dessen Haltung die Schritte der EG und KSZE wesentlich mitbestimmt hat, ist gehalten, sich nach den Lehren dieser Tragödie zu fragen. Eine erste ist die, daß es bis zum ewigen Frieden noch weit ist und deshalb weiterhin die Verteidigungsfähigkeit und das Verteidigungsbündnis notwendig sind. Weiter sollte man prüfen, wenn man schon nicht militärisch eingreifen kann oder will, welche sonstigen Sanktionen gegen Friedensbrecher und - wenn man die Greuelthaten sieht - sogar Kriegsverbrecher ergriffen werden können.

Aber gerade der Jugoslawienkonflikt macht auch deutlich, daß manche Staaten noch immer ihre nationalen Interessen höher bewerten als die gemeinschaftlichen. Noch immer sind Relikte alten Nationalstaatsdenkens vorhanden, bei denen wir Deutschen mehr als politische Konkurrenten denn als Partner gesehen werden. So ist die Halbherzigkeit, mit der zwar gehandelt, aber gleichzeitig nicht gehandelt wird, beschämend. Man sollte denen, die friedensunwillig sind, deutlich zu verstehen geben, daß sie mit keinerlei Wiederaufbauhilfe rechnen können. Es ist nicht einzusehen, daß der deutsche Steuerzahler für die Behebung von Schäden auch bei denen aufkommt, die nicht nur alle Friedensappelle verhöhnen, sondern für die Schäden verantwortlich sind.

Ihnen muß auch klargemacht werden, daß sie zur Wiedergutmachung herangezogen werden.

(-/22. Mai 1992/rs/ks)
